

Volles Programm



Unsere Veranstaltungsserie „Essen in Zukunft“ ist mit über 50 Teilnehmern bei der Bustour gut gestartet. Nun planen wir den zweiten Streich

von insgesamt sechs Veranstaltungen. Am 21. November wollen wir uns mit dem Thema NACHHALTIGE MOBILITÄT in Essen auseinandersetzen und dazu interessante Gäste für eine Podiumsdiskussion einladen, darunter auch einen „Klimahelden“ der EVAG. Vorher wollen wir uns auf unserer nächsten Mitglieder-versammlung mit dem Thema Grundsicherung - bedingungsloses Grundeinkommen beschäftigen, um unsere nächste Bundesdelegiertenkonferenz vorzubereiten. Hier wollen GRÜNE entscheiden, welches Modell der sozialstaatlichen Sicherung GRÜNE künftig fordern. Ende Oktober haben wir Bärbel Höhn und einen Vertreter der Stadtwerke zu Gast, um mit ihnen über die zu Recht ins Gerede gekommene Qualität unseres Trinkwassers zu sprechen – Stichwort PFT und Arzneimittelrückstände. Wir haben also ein volles Programm im Angebot oder mit anderen Worten- wir haben viel zu tun- packen wir es gemeinsam an. Das gilt auch für die geplante Messeexpansion. Wir machen uns Sorgen um die Gruga. Die Messe möchte weiter in die GRUGA hinein wachsen- dass ist uns gar nicht Recht. Darüber und über andere Themen informieren wir sie in dieser Ausgabe unseres Newsletters. Empfehlen sie uns weiter

Herzliche Grüße Heribert Rüsing,
Vorstandssprecher

GRÜNE Veranstaltung: Trinken wir schlechteres Wasser als anderswo?



Die GRÜNEN haben anlässlich der PFT-Funde im Ruhrwasser schwere Vorwürfe gegen die hiesigen Wasserversorger erhoben. "Die Menschen an der Ruhr trinken schlechteres Wasser als anderswo in Deutschland", sagte Bärbel Höhn, stellvertretende Fraktionschefin im Bundestag, „Jedes aus Grundwasser gewonnene Trinkwasser in Deutschland hat eine bessere Qualität als das Kraneberger aus dem Ruhrgebiet." Die Wasserwerke am Rhein seien mit besserer Technik ausgestattet (Aktivkohlefilterung). Höhn forderte ein Sanierungsprogramm. „Die Betreiber von Wasserwerken und Kläranlagen müssten not-

falls zu Investitionen gezwungen werden. Ziel muss es sein, dass die Menschen wieder in der Ruhr baden können", so Höhn. „Dann wird auch unser Trinkwasser besser."

Die Trinkwassergewinnung aus der Ruhr ist auch in Essen nicht auf dem Stand der Technik, wie die Essener Stadtwerke einräumen mussten. Eine Filterung mit Aktivkohle (Festbett) wird nicht vorgenommen. In Essen rechnet man damit, bis 2009 nachgerüstet zu haben, so der Sprecher der Essener Stadtwerke. Ansonsten warnen die Stadtwerke vor Panikmache, wie alle anderen Wasserwerker an der Ruhr. Die Wasserqualität sei in Ordnung und die Grenzwerte für PFT werden eingehalten.

GRÜNE fordern: Aktivkohlefilter mit Festbett vorschreiben und Wasserwerke nachrüsten- auch in Essen -, um sowohl PFT als auch Arzneimittelrückstände im Trinkwasser zu minimieren.

Veranstaltung am 31. 10. um 19.00 Uhr mit einem Vertreter der Stadtwerke Essen (angefragt), Bärbel Höhn, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN im Bundestag, und Harald Friedrich, ehemaliger Abteilungsleiter im Umweltministerium

Inhaltsverzeichnis

Editorial	1
Trinken wir schlechteres Wasser als anderswo?	1
GRÜNE Jugend startet durch	2
Kruppgürtel: Essen seine größte Baustelle	3
Pflege: Stärkung der ambulanten Vorsorge	4
Zerschlagung des Höhn Ministeriums	4
Nachtflugregelung am Flughafen Düsseldorf wird missachtet	5
Messeausbau: Gruga erhalten	6
Blauer Pfad: Neue Rad/Wege zum Wasser	7
NRW: Wettbewerbsnachteile für städtische Unternehmen	8
Essen in Zukunft:: Auftakt gelungen	8
Kais Brief aus Berlin	9
Karstadt Baustelle: Mindestlöhne durchsetzen	10
GRÜNE Termine	11

Grüne Jugend starten durch! Jahreshauptversammlung wählt neuen Vorstand.

Die Mitglieder der Jungen Grünen Essen haben auf ihrer diesjährigen Jahreshauptversammlung Pascal Hesse (Foto Mitte) und Pascal Jenke (Foto links) zu Ihren Vorstandssprechern gewählt. Der 20jährige Borbecker Pascal Hesse ist Student der Politik-, Organisations- und Kulturwissenschaften an der Fernuniversität in Hagen. Er war zuvor Schatzmeister der Basisgruppe und ist Mitglied im Präsidium der Grünen Jugend NRW. Für den 20jährigen Alten-essener Pascal Jenke beginnt nun die zweite Amtszeit als Vorstandssprecher. Er ist Student an der Universität Duisburg-Essen. Neuer Schatzmeister ist der 19jährige Felix Hoffmann (Foto rechts) aus Essen-Dellwig, der derzeit als Zivildienstleistender tätig

ist. *Pascal Hesse, Sprecher der Basisgruppe erklärt hierzu:*

„Wir wollen kritisch und aktiv im kommunalpolitischen Geschehen mitmischen und unsere Vorstellungen von einer besseren Zukunft in die Tat umsetzen. Umwelt-, Bildungs-, Sozial- und Migrationspolitik sind für uns und für Essen besonders wichtig. Wir wollen gegen die Politikverdrossenheit vorgehen und jungen Menschen Alternativen bieten. Als Junge Grüne setzen wir uns gegen Krieg und für eine aktive Friedenspolitik ein und schregcken auch nicht davor zurück, mit erhobenen Zeigefinger, lauter Stimme und schlagenden Argumenten gegen unüberlegte Entscheidungen des Stadtrats vorzugehen!

Studiengebühren an der Universität Duisburg-Essen gehören abgeschafft! Sie benachteiligen sozial schwache und kinderreiche Familien. Sie sind zugleich eine Hürde für viele junge Menschen, besonders für MigrantInnen, die sich nun oftmals gegen ein Studium entscheiden oder dieses aufgrund der horrenden Kosten abbrechen. Jeder hat ein Recht auf Bildung und ein gebührenfreies Erststudium!

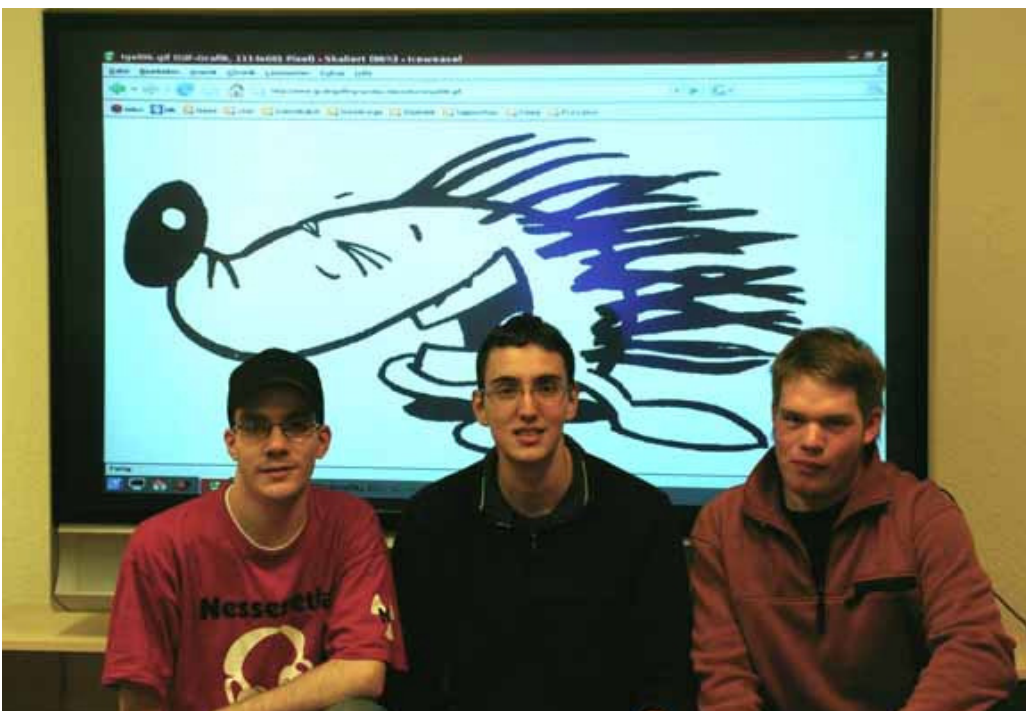
Ich begrüße den **Moscheebau** in Essen-Frohnhausen. Soll das Minarett doch so hoch wie das Essener Rathaus werden und allen schon von weitem zeigen, dass Essen eine freundliche, weltoffene und vielfältige Metropole im Herzen des Ruhrgebiets ist – ich hätte

jedenfalls nichts dagegen. Antisemitismus und **Extremismus** vom linken und rechten Rand sind gefährlich für ein friedliches Zusammenleben in unserer Gesellschaft. Als Junge Grüne Essen treten wir für ein friedliches Miteinander und gegen die Ausgrenzung, Verfolgung und Benachteiligung von Minderheiten ein. Extremistische Parteien und Organisationen haben in unserer Stadt nichts zu suchen.

Wir müssen **Zivilcourage** und das **Engagement** junger Menschen in Essen weiter fördern. Die Jugend ist nicht faul, dumm und kriminell. Schluss mit dem Klischeedenken! – Jeder der einer alten Dame über die Straße hilft, sich in der Gesellschaft ehrenamtlich für andere Menschen einsetzt oder durch Zivilcourage besonders hervortritt ist ein Vorbild für alle EssenerInnen, egal ob jung oder alt! Wir müssen Jugendliche in Essen fördern statt fordern und Mut zur Tat wertschätzen!

Prima **Klima!** – Essen muss umweltbewusster werden! Daher unsere Tipps für den Winter: Häuser isolieren – Heizung runter, ÖPNV nutzen oder Fahrgemeinschaften bilden, Energiesparlampen verwenden, Bio-Kekse statt Bio-Diesel, Skiurlaub in Bottrop und nicht in Südtirol!“

Pascal Hesse



Kruppgürtel: Essen seine größte Baustelle



Besuch der GRÜNEN Ratsfraktion auf Essens größter Baustelle. Der Blaue Container – Infopoint – an der Altendorfer Straße ist ein idealer Aussichtspunkt, um einen Überblick über die Bauarbeiten zu erlangen und steht zur Begehung zur Verfügung. Mittwoch von 15.00-17.00 Uhr ist im Container auch eine Ausstellung zur Geschichte des Krupp-Geländes zu besichtigen. Foto jod

Eine gigantische Baustelle tut sich dem Betrachter auf, wenn er/sie sich an der Altendorfer Straße umschaute. Jedenfalls ist das der erste Eindruck, der sich den Mitgliedern des Fraktionsarbeitskreises I und sachkundigen Bürgern am 03.09.07 aufgedrängt hat, als man sich zur Besichtigung des Baufortschrittes am Berthold-Beitz-Boulevards traf. Der Blick auf Bebauungspläne und –berichte ist ja die eine Sache, aber mitten in den Umwälzungsprozessen an der Krupp-Hauptverwaltung zu stehen, die andere. Der Blick vom Verwaltungsgebäude offenbart das

ganze Ausmaß der Bauaktivitäten, die der Weststadt ein ganz neues Gesicht geben werden. So sollen nicht nur ein Schulungsgebäude für die Führungskräfte von Thyssen/Krupp entstehen, sondern auch ein Hotel, eine Kindertagesstätte (Betriebskindergarten) und , durch die Altendorfer Straße getrennt, zwei große Parkanlagen, von der eine mit See und Spazierwegen Aufenthaltsqualität bieten, die andere mit

Neuanpflanzungen einen Waldcharakter erhalten soll. Natürlich ist zur Zeit davon wenig zu sehen, da momentan munter an der Erdkruste gekratzt wird, um die notwendigen Versorgungsleitungen zu legen und die Vorarbeiten für den Boulevard zu leisten. Sollte das Projekt sich aber, laut Plan, bald dem Ende zuneigen, wird nicht nur ein neuer Standort für ein großes Unternehmen geschaffen, sondern auch viel Grün in unmittelbarer Innenstadtnähe zu finden sein, das die ehemals „verbotene Stadt“ nicht mal mehr erahnen lässt. Ein möglicher Wermutstropfen bleibt dabei die von Verkehrsminister Oliver Wittke abgelehnte Trasse für die Straßenbahn, aber da sowohl der OB, als auch alle maßgeblichen Essener Kommunalpolitiker weiterhin für die Trasse werben, ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Der Boulevard wird so gestaltet, dass der Weiterbau der Straßenbahn möglich bleibt.

Jedem, der Interesse an dem baulichen Umwälzungsprozess in der Stadt hat, sollte sich einen Rundumblick (am Infopoint) über die Baustelle gönnen, denn wann ist man schon mal Zeuge einer solchen riesigen Veränderung?

J. Kahle-Hausmann



Der Blick nach Norden. Hier entsteht die Trasse des Berthold-Beitz-Boulevards, links davon der Krupp-Park und rechts die neue Hauptverwaltung von Thyssen-Krupp. Foto jod

Pflege: Stärkung der ambulanten Versorgung

Die Presseberichte der letzten Wochen über die schlechte Versorgung pflegebedürftiger Menschen haben zu kontroversen Diskussionen geführt. Essen ist bereits seit Jahren auf einem guten Weg zu einer

„Seniorenfreundlichen Stadt“.

„Die erschreckenden Berichte der letzten Wochen haben wieder viele Menschen aufgerüttelt. In Essen haben wir gemeinsam mit allen an der Pflege Beteiligten die Erarbeitung von Qualitätskriterien in der Pflege wiederholt gefordert. Menschen, die sich nicht selbst helfen können, bedürfen unserer Unterstützung. Wir haben besondere Maßnahmen, die den Grundsatz ‚ambulant vor stationär‘ stärken sollen, angestoßen“, erklärt die sozialpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion

Jutta Eckenbach. Hierzu gehört eine wohnortnahe Versorgung, eine präventive und vernetzte Angebotsentwicklung, die Herstellung eines frühzeitigen Kontaktes sowie die Erstellung von Qualitätskriterien. Der nunmehr vorliegende Entwurf des Gesetzes zur strukturellen Weiterentwicklung der Pflegeversicherung (PfVG) vom 23.08.07 sieht an verschiedenen Stellen Änderungen gerade im ambulanten Bereich vor, die sich mit den von CDU und Grünen geforderten Eckpunkten decken: Ab 2008 sind die Pflegekassen verpflichtet, für jeweils 20.000 Versicherte quartiersbezogene Pflegestützpunkte einzurichten, in denen Pflegebegleiter als dauerhaft benannte persönliche Fallmanager durch die Pflege

begleiten. Sie koordinieren wohnortnahe Angebote, stellen diese bereit und vernetzen sie. Die Inanspruchnahme ist kostenlos. Leistungen können in Verbindung mit einem persönlichen Budget gepoolt werden, d.h. mehrere Pflegebedürftige können gemeinsam Leistungen der Kranken- und Pflegekassen und anderer Träger abrufen.

„Hierdurch werden gerade auch alternative Wohnformen für ältere Menschen z.B. Hausgemeinschaften oder SeniorenWG's in die Lage versetzt, Pflege- und Haushaltsdienstleistungen gemeinsam in Anspruch zu nehmen“, so die sozialpolitische Sprecherin der Grünen Fraktion, Christine Müller-Hechfellner.

Pressemitteilung der GRÜNEN Ratsfraktion mit der CDU

Zerschlagung des Höhn-Ministeriums

Land belastet Stadt mit zusätzlichen Auf- und Ausgaben!

GRÜNE sind empört über die Entscheidung der CDU-FDP-Landesregierung, große Teile der umweltrechtlichen Aufgaben vom Land auf die Kommunen zu übertragen. Voraussichtlich 20 Mitarbeiter werden nach Essen abgeschoben. Statt wie bisher erfahrene Spezialisten landesweit in den staatlichen Umweltämtern einzusetzen, müssen sich künftig wenige städtische Bedienstete gleichzeitig mit einer Vielzahl unterschiedlicher Verwaltungsverfahren im planerischen und technischen Umweltschutz beschäftigen. Wo vorher SpezialistInnen tätig waren, müssen nun wenige Personen unterschiedliche Aufgaben wahrnehmen

und sich teilweise neu einarbeiten.

„Das Land schiebt der Stadt Essen neue Aufgaben im Bereich des Umweltschutzes zu, ohne sie in die Lage zu versetzen, diese mit hinreichend qualifiziertem Personal auch umzusetzen. Hierdurch verschlechtert sich die Qualität der Überwachung. Diese Verschiebung hat nichts mit Bürokratieabbau zu tun, sondern geht auf Kosten der Umweltstandards und verlängert und verkompliziert sogar die Genehmigungsverfahren für die Firmen. Sie dient der Zerschlagung der von Bärbel Höhn aufgebauten Umweltämter und ihres Ministeriums, das der CDU wie der FDP seit lan-

gem ein Dorn im Auge war,“ kritisiert Heribert Rüsing die Landesregierung.

Deshalb lehnen interessanterweise sowohl die Umweltverbände als auch die Industrie die vorgeschlagene Reform geschlossen ab.

Die neuen Mitarbeiter werden in Essen nach dem 1. Januar ihre Arbeit antreten.

„Das Mindeste was angesichts dieser dreisten Beschlüsse zur Verringerung der Effektivität der Kontrolle im Verbraucher- und Umweltschutz zu erwarten wäre, ist dass das Land die vollen Kosten weiter trägt“ fordert Heribert Rüsing für die GRÜNEN „Wer die Musik bestellt, muss auch zahlen!“

Nachtflugregelung am Flughafen Düsseldorf wird vorsätzlich missachtet

„Am Flughafen Düsseldorf wird die Nachtflugregelung vorsätzlich missachtet und die Luftaufsicht des Verkehrsministers schläft!“, so haben die GRÜNEN Landtagsabgeordneten Horst Becker und Oliver Keymis die Antwort von Verkehrsminister Oliver Wittke (CDU) auf ihre kleine Anfrage zum Thema kommentiert. Am Flughafen Düsseldorf werden die nächtlichen Flugbewegungen planmäßig überkoordiniert. Dies führt dazu, dass Abend für Abend die zulässigen Stundeneckwerte um 30 Prozent überschritten und die geltende Nachtflugregelung damit permanent gebrochen wird. An 42 Tagen zwischen Januar und Juni 2007 wurden um exakt 22 Uhr 10 bzw. 11 Landungen koordiniert. Im Durchschnitt waren es täglich 8 Landungen um 22 Uhr. Durch diesen Verfahrenstrick soll offensichtlich der Schein gewahrt werden, dass die geltenden Stundeneckwerte von 15 Landungen in der Winterflugperiode und 25 Landungen in der Sommerflugperiode zwischen 22 und 23 Uhr eingehalten werden. Dabei ist klar: Durchschnittlich acht koordinierte Flugbewegungen um exakt 22 Uhr lassen sich bei Staffela-

den zwischen zwei Landungen von 54 Sekunden in der Realität überhaupt nicht abwickeln! Im Winterflugplan 2006/2007 wurden die Stundeneckwerte von 15 Landungen noch nicht einmal ohne diese Trickserie eingehalten, wie die Zahl von 17,6 durchschnittlich koordinierter Landungen in den Monaten Januar und Februar 2007 belegt. Eine Folge dieser Überkoordinierung sind systematische Verspätungen in der Zeit nach 23 Uhr.

Die Beschwerden wegen der damit verbundenen Störungen der Nachtruhe haben auch aus Essen in der letzten Zeit stark zugenommen. Der Verein Bürger gegen Fluglärm registriert immer mehr Verstöße gegen die Nachtflugregelung,



Flugzeug im Landeanflug-lizenzfreies

allein im Juli 2007 waren es 284 Überschreitungen.

Der Vorgang wirft auch ein bezeichnendes Licht auf den Ankündigungsminister Wittke. Bei der Einführung der neuen Betriebsgenehmigung Ende 2005 hatte er noch versprochen, dass die Erlaubnis zu mehr Flügen mit einer strengen Kontrolle und genauen Einhaltung einhergehe. Davon ist nichts übrig. Die GRÜNE Landtagsfraktion fordert Minister Wittke daher auf, den Flughafenkoordinator des Bundes endlich zur Einhaltung der geltenden Betriebsgenehmigung zu verpflichten.

TIPPS UND TERMINE



Essen in Zukunft - Ausblick

Die erste Veranstaltung soll das Thema nachhaltige Mobilität in der Stadt haben (Vorbereitung) Eingeladen werden sollen VertreterInnen von EVAG, Pro Bahn, ADAC oder IHK, ggf. ein/e GRÜNE/R.

Wir bereiten seitens des Vorstandes eine spannende Veranstaltung vor und bitten dich schon mal darum, dir den Termin bei Interesse vorzumerken.

Die Veranstaltung findet 21.11. (Mi) um 19.00 Uhr im Forum Kunst und Architektur am Kopstadtplatz 12 statt.

Messeausbau: Gruga erhalten

Zweifelsohne ist die Messe als städtisches Unternehmen für die Stadt von großer Bedeutung, zumal es bisher gelungen ist, auch für die Stadtfinanzen etwas hinzu zu verdienen. Die Expansion der Messe ging jedoch bisher einseitig zu Lasten der Gruga. Nach dem Hundertwasserhaus sollte ein für alle mal Schluss sein mit einer weiteren Bebauung in die Gruga hinein – darüber herrschte damals ein weitgehendes Einvernehmen.

Nun soll es aber weiter gehen. Nach Bellini Messehalle, Hundertwasserhaus geht es um 8000 m² Landschaftsschutzgebiet in der Gruga für neue Messehallen. Alle vier Varianten für den Neubau der zweistöckigen Hallen setzen auf einen Ausbau in die Gruga hinein. Als Augenwischerei kritisieren die GRÜNEN die Darstellung der Messe, ihre geplante Erweiterung würde die Gruga nicht beeinträchtigen. „Da werden einfach mal die benötigten 8000 m² Grugafläche zum exterritorialen Gebiet erklärt, weil dort ja nur der Eingang zum Blumenhof mit zahlreichen Bäumen liegt“ so Vorstandssprecher Heribert Rüsing. Hinzu kommt, dass der Plan zum Bau eines Messehotels neben der Grugahalle wieder aktuell geworden ist. Auch dies würde ein Stück Grugafläche kosten.

Bei der letzten Kommunalwahl hatte Oberbürgermeister Reiniger versprochen, dass nach dem Bau des Hundertwasserhauses die Gruga ab sofort „sakrosankt“, sprich unan-



Die Gruga

Foto: H.Bühne-Stadtbildstelle Essen

tastbar sei. Im Kooperationsvertrag von CDU und Grünen steht es so: „Die Partner sind sich einig, dass das Gelände der Gruga in Gänze Landschaftsschutzgebiet bleibt“ „Wir wollen, dass diese Position Bestand hat“ so der GRÜNE Vorstandssprecher.

Damit sprechen sich die GRÜNEN nicht gegen den Neubau der Messehallen aus. Sie knüpfen aber daran zwei Bedingungen: sie müssen sich wirtschaftlich darstellen lassen und sie dürfen keine nennenswerten Grugaflächen in Anspruch nehmen. Die Kostenschätzung für den Messeumbau im großen Wurf beläuft sich auf bis zu 100 Millionen Euro. Diese Investition ist bisher nicht finanziert. Angesichts des ruinösen Wettbewerbs

zwischen den Messestandorten ist gerade die weitere positive Ausgestaltung der Messebilanz von besonderer Wichtigkeit für die Stadt mit ihren maroden Finanzen. Dass ausgerechnet die Stadt diese Investition schultern kann und soll, ist deshalb mehr als fraglich und der Ruf nach einem Investor steht bisher unbeantwortet im Raum.

Der Auftritt von Messe-Ost und Gruga in Richtung Alfredstraße muss verbessert werden, davon sind auch die GRÜNEN überzeugt. Daran müssen aber Messe und Gruga gemeinsam arbeiten.

Wenn die Messe entgegen der eindeutigen Signale aus der Politik (OB Reiniger vor zwei Jahren) nur Ausbauvarianten vorlegt, die den Grugapark weiter anknabbern, dann zeugt das von Igno-

ranz aber auch von Duldsamkeit durch den Messeratsvorsitzenden Reiniger, der für sich keine Bedenken gegenüber diesem Eingriff hat. Wir setzen darauf, dass die mit dem Bau des Hundertwasserhauses gegebenen Versprechen zum Erhalt der Gruga – keine weiteren Eingriffe in den Park – seitens der Politik eingehalten werden. GRÜNEN werden sich sehr genau die exakten Pläne einschließlich der Finanzierungsmöglichkeiten anschauen, denn noch ist der Plan vom Messeneubau ein Wunschtraum ohne Finanzkonzept. Schon beim letzten Ausbau haben wir ansonsten vergleichbare Argumente seitens der Messe gehört – soll sich die Wachstums- und Kostenspirale ständig weiterdrehen?

J. Drell

Blauer Pfad: Neue Rad/Wege zum Wasser

Im Rahmen des Umbaus der Emscher und seiner Zuflüsse und des Stadtprogramms „Neue Wege zum Wasser“ will die Stadt Essen ein aus drei Achsen bestehendes Projekt „Blauer Pfad“ verwirklichen. Sie sollen Emscher/Rhein-Herne-Kanal und Ruhr miteinander verbinden, also drei Nord-Süd-Routen durch die Stadt! Die erste Route im Essener Westen von Dellwig nach Werden soll bereits 2010 fertig gestellt werden. Geleitet werden die Radler auf dieser Route von blauen Markierungen. Zu zwei Drittel führt dieser blaue Pfad über

bereits bestehende Wege, die allerdings derzeit nur zum Teil für Radlerinnen geeignet sind. Einige Radwege wurden beispielsweise vor Jahrzehnten angelegt und sind erneuerungsbedürftig. Dafür und um die noch bestehenden Lücken zu schließen, hat die Stadt 1,2 Mio Euro zur Verfügung gestellt. Durchgeführt wird das Projekt mit Hilfe von Beschäftigungsprogrammen. Bereits in den 90er Jahren wurden in Essen einige Radwege durch ABM erstellt. Die Aufträge werden jetzt an Firmen vergeben, die dafür Langzeitarbeitslo-

se befristet beschäftigen – natürlich verbunden mit der Hoffnung, dass diese irgendwann einen festen Arbeitsplatz erhalten. Zumindest bei 15% der Fälle klappt das nach Auskunft der EABG (Essener Arbeits- und Beschäftigungsgesellschaft) auch. Auf alle Fälle werden RadlerInnen und SpaziergängerInnen nun schneller als erwartet zu neuen Routen kommen, die eine Attraktivitätssteigerung bislang vernachlässigter Bereiche vornehmlich in der nördlichen Stadthälfte mit sich bringen werden. Die Essener Fahr-

radinitiative (EFI) und der ADFC sind jedenfalls begeistert. Nun sollen die Pläne einer breiteren Öffentlichkeit vorgestellt werden. Dazu gibt es auch einen virtuellen Flug entlang des „Blauen Pfads“, der einen guten Eindruck über dessen Verlauf vermittelt.

J. Brinkmann (ADFC)

Präsentation: Die Vorstellung übernimmt die Umwelt- und Baudezernentin Simone Raskob am Donnerstag, den 18. 10. um 19.00 Uhr im Rahmen des Umweltforums der VHS (Burgplatz)

Warum sollte ich zu Ökostrom wechseln?

Umweltfreundlich erzeugter Strom reduziert die Umweltbelastung gegenüber konventionell erzeugtem Strom erheblich. So werden die klimarelevanten CO₂-Emissionen pro Kilowattstunde bei Ökostrom um mindestens zwei Drittel gegenüber den bundesdurchschnittlichen Vergleichswerten reduziert, und das bei gleichzeitigem Verzicht auf Atomkraft. Je mehr Menschen nach Ökostrom verlangen, desto schneller und kostengünstiger gelingt der Eintritt in ein neues, umweltfreundliches Energiezeitalter. <http://www.atomausstieg-selber-machen.de> oder kostenlose Ökostrom-hotline werktags von 9.00 -17.00 Uhr Tel.: 0800 - 7 62 68 52

Neue Materialien der GRÜNEN Bundestagsfraktion

Die folgenden Kurzbroschüren (Umfang 20 Seiten) sind über versand@gruene-bundestag.de zu beziehen.

16/65: In Würde leben - das GRÜNE Pflegekonzept

16/67: Los bei grün! Verkehrspolitik für morgen

16/58: Zugang zu Arbeit - GRÜNE Arbeitsmarktpolitik

16/66: Weiter bilden - weiter kommen - GRÜNE Weiterbildungspolitik

Außerdem gibt es noch ein Faltblatt 16/77 „Vision Zero sicher unterwegs zur Verkehrssicherheit“.

GRÜNE Diskussion über soziale Grundsicherungsmodelle

Seit Monaten wird sowohl innerhalb der GRÜNEN wie auch in der gesamten Gesellschaft intensiv um die Frage gestritten, wie der Sozialstaat der Zukunft aussehen muss: Grundsicherung, bedingungsloses Grundeinkommen und Mindestlöhne sind die wichtigsten Schlagwörter der Debatte, die sich natürlich auch an der schwierigen Realität mit Hartz IV reibt.

Auf der Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) im November in Nürnberg wollen GRÜNE entscheiden, für welches Modell wir uns einsetzen- eine auch in Hinblick auf die kommenden Bundestagswahl wichtige Weichenstellung. Damit wird die Diskussion um Instrumente, mit denen das soziokulturelle Existenzminimum jedes Menschen und damit die Würde der Menschen auch in schwierigen Lebenssituationen gesichert werden kann, neu eröffnet. GRÜNE in Essen diskutieren darüber auf ihrer Mitgliederversammlung am 17.10. ab ca. 20.30 Uhr im Forum Kunst und Architektur am Kopstadtplatz. Die MV beginnt um 19.00 Uhr.

NRW: Wettbewerbsnachteile für städtische Unternehmen

Am 20. September hat die Regierungskoalition aus FDP und CDU die NRW-Gemeindeordnung trotz massiver Proteste aus den Kommunen gegen die Stimmen von SPD und GRÜNEN geändert. Viele CDU Oberbürgermeister, Stadtwerke und Gewerkschaften und Verbände auch aus Essen hatten sich gegen diese Verschlechterungen für städtische Betriebe ausgesprochen.

"Statt es bei den bewährten Regelungen der Gemeindeordnung zu belassen, hat die Koalition auf Betreiben der FDP unseren kommunalen Unternehmen einen schweren Schlag versetzt," kritisiert Helmar Pless (Vorstand) den Beschluss des Landtags zur Gemeindeordnung.

Hatte es im Vorfeld noch Hoffnung gegeben, dass in letzter Minute noch einige Veränderungen zugunsten der Stadtwerke vorgenommen würden, folgten die Abgeordneten der CDU

schließlich dem Diktat der FDP. Diese freute sich nun auch, "die marktwirtschaftlichste Regelung bundesweit zu haben," oder aus GRÜNER Sicht die für die kommunalen Unternehmen schlechteste Gesetzgebung. „Privat saht ab - Staat geht leer aus“- oder so ähnlich lautet das Motto der FDP.

Künftig ist für jegliche wirtschaftliche Betätigung der Stadt Essen ein zwingendes öffentliches Interesse erforderlich. Das bedeutet nach Meinung vieler Sachverständiger eine hohe der Kommunalunternehmen. Zudem müssten die Stadtwerke mit der neuen Regelung gegenüber Rechtsunsicherheit für die Weiterentwicklung den großen Energieversorgern aber auch gegenüber Stadtwerken aus anderen Bundesländern nun erhebliche Wettbewerbsnachteile hinnehmen. Horst Becker, kommunalpolitischer Sprecher der

GRÜNEN im Landtag: „Es ist unverantwortlich, wie hier aus rein ideologischen Gründen mit der Zukunft unserer Unternehmen in Bürgerhand umgegangen wird. Wer will dass öffentliche Leistungen bezahlbar bleiben und wer starke Stadtwerke im Wettbewerb mit den Energieriesen will, der darf die Kommunalunternehmen durch ein Landesgesetz nicht derart schädigen.“

"Ich hätte mehr Gegenwehr erwartet, schließlich ist die CDU mit dem Versprechen angetreten mehr für die Kommunen tun zu wollen " fordert der Vorstand den örtlichen CDU Abgeordneten Kuhmichel auf sein Abstimmungsverhalten den EssenerInnen zu erklären. Schließlich hatten sich führende Vertreter der CDU im Vorfeld wie die GRÜNEN gegen die Einschränkungen für Stadtwerke ausgesprochen.

H. Pless

Essen in Zukunft: Auftakt gelungen



*Einstieg zur Zukunftstour
Foto H. P.*

Mit einem EVAG-Gelenkbus startete unsere Tour durch Essen. Im Rahmen unserer Veranstaltungsserie „Essen in Zukunft“ haben wir uns einige Projekte angesehen, die für unsere Arbeit richtungweisend sein können. Bei gutem Wetter konnten Schatzmeisterin Doris Eisenmenger und Vorstandssprecher Heribert Rüssing, die maßgeblichen Organisatoren der Tour weit über 50 interessierte Bürger und auch einige Ratsmitglieder, sowie Bürgermeister Rolf Fließ begrüßen. Der von uns gemietete Evag-Bus war gut besetzt und die Teilnehmerinnen waren hinterher mit

dem Gesehenen und Gehörten überwiegend zufrieden, hatte unsere Tour doch das eine oder andere Interessante aus Essen zu bieten. Überzeugend der Besuch und die Präsentation des Konzepts des Familienzentrums (Kindertagesstätte) „Blauer Elefant“ an der Zeche Zollverein, spannend der Beginn des naturnahen Umbaus der Emscher und ihrer Zuflüsse in Karnap. die schon jetzt einen neuen deutlichen Erholungswert aufweist und Lust auf mehr macht Eindrucksvoll die Solarhäuser des Allbau und die Fatih-Moschee. Nicht ganz überzeugend hingegen war der Besuch im Mehrgenerationenhaus in Altendorf. Letztlich sind aber die Schwierigkeiten, generationenübergreifend zu arbeiten, um quasi einen Ansatz von Großfamilie wieder herzustellen, auch enorm groß. Außerdem handelt es sich um ein einzigartiges Modellprojekt in Essen u. a. weil der Bund in jedem Kreis ein derartiges Projekt fördert. So wurde angesichts des demographischen Wandels eher deutlich, wie wenig sich in Bezug auf generationenübergreifende Wohnprojekte in Essen tut – mehr als eine Marktlücke. Der gelungene Abschluss der Fahrt fand im Unperfekthaus am Limbecker-Platz statt, hier konnte man bei einer gemütlichen Runde, die gewonnenen Eindrücke reflektieren und sich austauschen.

P. Maas

Kais Brief aus Berlin



Liebe Freundinnen und Freunde,

die Berliner September-Sitzungswochen haben gezeigt: Manche Kabinettsmitgliedern entwickeln sich zu einem echten Sicherheitsrisiko für unser Land. Gemeint ist zum einen Verteidigungsminister Jung, der mit seinen Äußerungen zum Abschluss von entführten Passagiermaschinen einen Verfassungsbruch ankündigt. Zum anderen ist es Innenminister Schäuble, der in der Bundesrepublik einen terroristischen Anschlag mit einer nuklearen Bombe auf die nahe Zukunft terminiert. Beiden CDU-Hardlinern ist gemein, dass sie mit drastischen Äußerungen zur **inneren Sicherheit** Szenarien entwerfen, die Ängste in der Bevölkerung fahrlässig schüren. Mit seinen unkontrollierten Vorstöße verfolgt der Innenminister eine klare Mission: Er will so die Widerstände gegen die Verschärfung der **Überwachungsgesetze** schrittweise beiseite schieben – ob bei Onlinedurchsuchungen oder Vorratsdatenspeicherung. Die Sicherheitslage in Deutschland ist angespannt – die jüngsten Verhaftungen von drei Terrorverdächtigen zeigen das. Statt aber eine fundierte Bedrohungsanalyse vorzulegen, verbreitet der Minister ständig neue Warnrufe, die er mangels Substanz regelmäßig relativieren muss. Mit Panikmache und **Bürgerrechtsabbau** wird der Minister selbst zur Bedrohung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, er sollte daher als Verfassungsminister seinen Hut nehmen. Dies haben wir in unserer Aktuellen Stunde gefordert. Übrigens: Den einfachsten Schritt zum Schutz der Bevölkerung vor Nuklearterrorismus unterlässt Schäuble – das Abschalten alter Atomkraftwerke wäre wirksam gegen vermeintliche Terrorakte.

Auch der schwarz-rote **Bundshaushalt für 2008** und die Finanzplanung von 2007 bis 2011 wurde im Bundestag kontrovers diskutiert. Beides kann man getrost als Armutszeugnis klassifizieren: Trotz bester

Rahmenbedingungen gelingt es Kanzlerin Merkel und Minister Steinbrück nicht, zügig – so wie viele andere Länder der EU auch – einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Darauf zu setzen, dass der laufende Aufschwung bis mindestens 2011 anhält und deshalb erst den Haushaltsausgleich für dieses Jahr 2011 anzustreben, ist naiv und grob fahrlässig. Gerade die aktuellen Turbulenzen an den Finanzmärkten zeigen, dass sich wirtschaftliche und konjunkturelle Trends nicht schnell drehen können. Mit dem **grünen Zukunftshaushaltsgesetz** haben wir ein Gegenkonzept entwickelt, das den öffentlichen Finanzen Handlungsspielraum zurückgibt. Vorrangiges Ziel ist es, mit einer konjunkturgerechten Haushaltspolitik die Verschuldungsspirale zu durchbrechen, damit wieder mehr in die Zukunft investiert werden kann anstatt immer stärker die Schulden der Vergangenheit abzustottern. Wir wollen kein generelles Schuldenverbot, sondern eine kluge Schuldenbremse. Investitionen, die nachweislich das öffentliche Vermögen in der Zukunft steigern, sollen weiterhin über Kredite finanziert werden können. Denn davon profitieren gerade auch zukünftige Generationen.

Nicht zuletzt bestimmte der **Bildungsbericht „Bildung auf einen Blick 2007“** der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) die Diskussionen im ganzen Land. Wichtigste Botschaft: In

Deutschland droht ein massiver Qualifiziertenmangel. Bereits im Juni zeigte die Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks Erschreckendes zur geringen Studierneigung, der mangelnden sozialen Durchlässigkeit in den Hochschulbereich und zu den geringen Chancen von jungen Menschen mit Migrationshintergrund. Der OECD-Bericht belegt nun, dass die **Bildungsausgaben** in Deutschland weit unter dem OECD-Schnitt liegen und – gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) – prozentual in den vergangenen Jahren zurückgegangen sind. Zahlen allein machen kein gutes Bildungssystem aus. Aber ohne die notwendigen Investitionen kann weder die Qualität noch die Bildungsbeteiligung gesteigert werden. Hier muss die Bundesregierung gemeinsam mit den Ländern endlich handeln.

Bundesbildungsministerin Schavan nennt Bildung den Schlüssel für die Zukunft unseres Landes – da hat sie Recht. Es wird höchste Zeit, dass Bund und Länder diesen Schlüssel endlich gemeinsam nutzen, um so vielen Menschen wie möglich die Zugänge zu höherer Bildung zu öffnen. In diesem Herbst stehen **wichtige Weichenstellungen** in der Bildungspolitik an:

- die deutliche Erhöhung der BAföG-Fördersätze und Freibeträge, um mehr jungen Menschen ein Hochschulstudium zu ermöglichen;
- das Erhalten der studentischen Mobilität und bundesweite Regeln für Zugän-

- ge und Abschlüsse zur Uni anstatt der übereilten Abschaffung des Hochschulrahmengesetzes;
- die "zweite Chance" für junge Menschen ohne Schulabschluss;
- eine Strukturreform der beruflichen Ausbildung, die Qualifizierungsschritte bringt statt bloßer Warteschleifen-Maßnahmen;
- eine wirkliche Förderung der Weiterbildung durch umfassendere Initiativen als das bisherige schwarze Bildungssparen;

- erleichterte Zuzugs- bzw. Bleibemöglichkeiten für ausländische Fachkräfte und AbsolventInnen;
- die Durchlässigkeit zu den Hochschulen für Menschen mit Berufsabschluss.

Für all das haben wir im Parlament längst Initiativen eingebracht. Es wird Zeit, dass auch die Koalition endlich aktiv wird. Das wäre eine nationale Qualifizierungsoffensive, die ihren Namen verdient.

Soviel erstmal von mir aus dem hektischen Berlin. Euch alles Gute und bis bald in Essen.

Herzliche Grüße :-> Kai)

Karstadt-Baustelle: Mindestlöhne

Ein dicker schwarzer Fleck auf der weißen Weste des Karstadt-Konzerns ist aus GRÜNER Sicht die schlechte Behandlung und miserable Bezahlung (1,48 Euro Durchschnittsstundenlohn laut IG Bau) osteuropäischer Wanderarbeiter auf der Baustelle am Berliner Platz. Sozialabgaben wurden ebenfalls nicht gezahlt. „Dieses Lohndumping ist aufs Schärfste zu verurteilen“, stellt Heribert Rüsing, Vorstandssprecher der GRÜNEN fest. Der Vorfall ist für ihn ein Beleg dafür, dass Gewerkschaften in einem zusammenwachsenden Europa eine große Bedeutung haben, um Rechte von ArbeiterInnen zu verteidigen. Rüsing: „Das verantwortliche Subunternehmen ist hart zu bestrafen. Wir brauchen strenge gesetzliche Regelungen für Mindestlöhne, die auch bei solchen Subunternehmern und bei Scheinselbständigkeit durchzusetzen sind, um gegen solche moderne

Sklavenarbeit entschiedener vorgehen zu können.“

Die Bauarbeiter wurden mit dem Versprechen eines Monatslohns von 1500 Euro und freier Unterkunft nach Essen gelockt. Gewerkschaften hatten auf die unmenschliche Situation der Wanderarbeiter aufmerksam gemacht. Der GRÜNE Bürgermeister Rolf Fliß spontan ein Zeichen der Solidarität gesetzt, indem er eine Delegation der Bauarbeiter im Rathaus empfing und dafür sorgte, dass die Arbeiter nach langer Zeit erstmals eine warme Mahlzeit und eine Auszahlung auf ihren ausstehenden Lohn erhielten.

Jetzt hat sich das Unternehmen Bilfinger und Berger – der Generalunternehmer für den Karstadtbau – die Auszahlung der versprochenen Löhne vorgenommen. Bilfinger und Berger haftet für den betrügerischen Subunternehmer.

Spenden für GRÜNE in Essen

Weil uns immer wieder Anfragen nach unserer Bankverbindung erreichen, wollen wir sie nicht länger geheim halten:

GRÜNE KV Essen
BLZ 360 100 43
Postbank Essen
Kontonummer 10828437

Wir leben von Beiträgen und Spenden Vieler. Die Industrie und die Banken haben wenig für uns übrig. Beiträge sind wie Spenden zu 50% steuerlich abzugsfähig. (Höchstgrenze 1.600 Euro für Einzelpersonen und 3.200 Euro für Zusammenveranlagte). Wer also 20 Euro Beitrag pro Monat zahlt, erhält vom Staat 10 Euro aufgrund des Parteienprivilegs zurück und zahlt so real nur 10 Euro.

Abonnieren und Abbestellen

Sie erhalten diesen Newsletter, weil sie sich auf unserer Homepage www.gruene-essen.de in unseren Verteiler eingetragen haben. Es kann aber auch sein, dass Ihnen diese Ausgabe unserer „GRÜNEN Zeiten“ von uns oder anderen zugesandt wurde, weil wir meinten, dass Sie Interesse an Informationen von GRÜNEN zum Geschehen in Essen und Drumherum haben. Wenn Sie eine regelmäßige Zusendung des Newsletters „GRÜNE Zeiten“ wünschen, klicken sie auf unserer Homepage den Button „Newsletter Abo“ an und tragen ihre E-Mail-Adresse ein. Über diesen Knopf ist jederzeit auch eine Abbestellung möglich. Es liegt uns fern, Sie unaufgefordert mit E-Mails zu belästigen.

Impressum Newsletter

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Essen/ Limbecker Str. 48-50/45127 Essen
Tel.: 0201-24764-33/ Kreisverband@gruene-essen.de
Redaktion: J. Drell, H. Pless und alle Vorstandsmitglieder

Grüne Termine

WANN			WO	WAS
4.10.	Do	19.00	Limbecker Str.	Projektgruppe BDK – Vorbereitung: Welche soziale Grundsicherung wollen GRÜNE?
5.10.	Fr	19.30	Ruhrhalbinsel	UnternehmerInnenstammtisch von Unternehmensgrün, Gaststätte Lukas, Alter BHF Kupferdreh
7.10.	So	9.30	Willy-Brandt-Platz	EFI-alpin, Radtour in die Effringhauser Schweiz, 75 km, sportlich, bergig, 2. Treff 10.00 Uhr Steele, Kaiser-Otto-Platz
8.10.	Mo	11.00	Rüttenscheider Stern	Radtour durch den Stadtbezirk II mit dem Bürgermeister Rolf Fliß (u.a. EFI-Sprecher) zu Sehenswürdigkeiten mit Anekdoten, 20 km
8.10.	Mo	20.00	Wasserturm	Stammtisch der GRÜNEN Stadtmitte/Hut trop Gaststätte Michels-hof, Steubenstr. 61
9.10.	Di	19.00	Zeche Carl	„Bahn unterm Hammer“ attac diskutiert über die Privatisierung der DB
9.10.	Do	20.00	Borbeck	GRÜNER Treff in Borbeck im Wirtshaus, Germaniastr. 230
10.10.	Mi	20.00	Rüttenscheid	GRÜNER Stammtisch Rüttenscheid im Cafe Cult, Giradetzentrum
10.10.	Mi	18.00	Frohnhausen	Stammtisch der GRÜNEN E-West im „j & h“, Lüneburger Str. 40 (Uhrzeit geändert!)
10.10.	Mi	20.00	Steele	Steeler Treff der GRÜNEN im Grend, Westfahlenstr. 298
13.10.	Sa	11.30	Bonn	Klimaschutz jetzt! GRÜNE Klima-Konferenz im Wissenschafts-zenrum, Ahrstr. 45 (GRÜNE NRW) www.gruene-nrw.de/klimakonferenz-2007
15.10.	Mo	19.30	Zeche Carl	Stammtisch der GRÜNEN Nord
17.10.	Mi	19.00	Forum Kunst und Architektur	MV der GRÜNEN Thema u. a. Grundsicherungsmodelle/BDK-Vorbereitung
18.10.	Do	19.00	VHS	Präsentation „Neue Rad/Wege zum Wasser mit Simone Raskob (Umweltforum)
19.10.	Fr	13.00-18.00	Düsseldorf	„Alt-Jung-Bunt-Demographischer Wandel als Chance- Kongress der GRÜNEN im Landtag, Anmeldung über www.gruene.landtag.nrw.de
19.10.	Fr	10.30	Düsseldorf-Landtag	Substitutionspotenziale für Öl und Gas durch erneuerbare Energien in NRW, Anhörung GRÜNE LTF
25.10.	Do	20.00	Werden	Treffpunkt GRÜN in den Domstuben, Brückstraße
26.10.	Fr	19.30	Ruhrhalbinsel	GRÜNER Stammtisch Ruhrhalbinsel, Gaststätte Dyonissos, Heisinger Str. 393
24.-28.10.			Literatürk	3.Türkisch-Deutsches Literaturfestival in Essen www.literatuerk.de
28.10.	So	11.00	Mülheim	LPR der GRÜNEN NRW in der Stadthalle MH
31.10.	Mi	19.00	Forum Kunst und Architektur Kopstadtplatz	PFT im Trinkwasser- ist unser Trinkwasser von minderer Qualität? Veranstaltung mit Bärbel Höhn, Harald Friedrich und Stadtwerken (angefragt).
4.11.	Do	20.00	Borbeck	GRÜNER Treff in Borbeck im Wirtshaus, Germaniastr. 230
6.11	Di	10.00	Uni-Essen/Du	Stadtauben-Tagung- Probleme und Lösungsansätze, Tagungsbeitrag 30 Euro, Glaspavillion